

**Änderungsantrag**  
**der Fraktion der SPD**

**zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD**  
**– Drucksachen 11/10, 11/7905 –**

**Entwurf eines Sechsenddreißigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes**

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel I wird wie folgt geändert:

Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. Nach Artikel 20 wird folgender Artikel 20a eingefügt:

„Artikel 20a

Die natürlichen Lebensgrundlagen stehen unter dem besonderen Schutz des Staates.“

Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. In Artikel 28 Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Sie muß auch der Verantwortung des Staates für die natürlichen Lebensgrundlagen gerecht werden.“

Bonn, den 19. September 1990

**Dr. Vogel und Fraktion**

**Begründung**

Der Rechtsausschuß hat mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD in geänderter Fassung – Drucksache 11/7905 – zu empfehlen. Die Änderung hat zur Folge, daß die angestrebte Staatszielbestimmung unter den Vorbehalt einer Regelung durch den Gesetzgeber gestellt wird. Darüber hinaus beschränkt die von der Mehrheit im Rechtsausschuß empfohlene Fassung den Schutz des Staates auf die natürlichen Lebensgrundlagen „des Menschen“ und sieht davon ab, einen **besonderen** Schutz des Staates vorzusehen.

Durch den Gesetzgebungsvorbehalt schwächt die von der Mehrheit im Rechtsausschuß empfohlene Fassung das Staatsziel Umweltschutz so sehr ab und beraubt es seiner unmittelbaren Wirkung auf Verwaltung und Rechtsprechung, daß es zu einem Staatsziel zweiter Klasse wird.

Der Umweltschutz darf aber als Staatsziel den in Artikel 20 Abs. 1 und Artikel 28 Abs. 1 GG bereits verankerten Staatszielen im Rang nicht nachstehen. Deshalb ist die von der Fraktion der SPD vorgeschlagene Fassung wiederherzustellen. Durch sie wird zudem erreicht, daß die Staatszielbestimmung Umweltschutz in Artikel 20a auch für die Länder und Gemeinden verbindlich wird.